

Willy-Brandt-Vorlesung 2009

Jürgen Kocka


**1989 –  
Eine transnationale  
Revolution und ihre Folgen**



**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**



centrum im. willy brandta  
willy brandt centrum




Willy-Brandt-Vorlesung 2009

**1989 –  
Eine transnationale Revolution  
und ihre Folgen**

Jürgen Kocka

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**  
PRZEDSTAWICIELSTWO W POLSCE

 **centrum im. willy brandta**  
willy brandt centrum

Übersetzung: Adam Peszke

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung

Kostenloser Bezug bei: Friedrich-Ebert-Stiftung Büro Warschau  
ul. Podwale 11, PL 00-252 Warschau

© 2009 by Friedrich-Ebert-Stiftung Büro Warschau  
ul. Podwale 11, PL 00-252 Warschau

Grafische Gestaltung: Janusz Pilecki

Herstellung: GRAF

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Poland 2010

ISBN 978-83-860888-7-4

## Inhalt

1. Einleitung  
Knut Dethlefsen,  
Friedrich-Ebert-Stiftung, Vertretung in Polen 5
2. Begrüßung  
Prof. Dr. habil. Adam Jezierski,  
stellvertretender Rektor der Universität Breslau 7  
Prof. Dr. habil. Przemysław Wiszewski,  
Vizedirektor des Historischen Instituts der Universität Breslau 9
3. Einführung  
Prof. Dr. habil. Krzysztof Ruchniewicz,  
Direktor des Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europastudien  
an der Universität Breslau 11
4. **1989 – Eine transnationale Revolution und ihre Folgen**  
Prof. Dr. Jürgen Kocka,  
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 17
5. Schlusswort  
**Soziale Revolution – Revolution der Träume? Eine Glosse am Rande  
des Referats von Prof. Jürgen Kocka**  
Prof. Dr. habil. Przemysław Wiszewski,  
Vizedirektor des Historischen Instituts der Universität Breslau 33



**Knut Dethlefsen**

Friedrich-Ebert Stiftung, Vertretung in Polen

Liebe Leserinnen und Leser

Wohl kein anderes Jahr hat das Europa der Nachkriegszeit so nachhaltig und fundamental verändert wie 1989. Innerhalb weniger Monate implodierten damals die kommunistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa. Nach Jahrzehnten des Kalten Krieges und der Spaltung des Kontinents kam es plötzlich innerhalb weniger Monate zu einer Überwindung der Nachkriegsordnung von Jalta. Der westliche und der östliche Teil des Kontinents fanden wieder zueinander. Inzwischen sind viele der Länder, in denen die Menschen damals mit überwiegend friedlichen Mitteln eine Systemtransformation erzwangen, Mitglieder der Europäischen Union.

Trotz der europaweiten Bedeutung der Ereignisse von 1989 war die Erinnerung an jene Tage im 20. Jubiläumsjahr jedoch größtenteils nationalgeschichtlich geprägt. In Polen betonte man die lange Vorgeschichte der halbfreien Wahlen vom 4. Juni 1989, etwa den Papstbesuch im Jahre 1979, die Entstehung der Solidarność-Bewegung im August 1980, aber auch die dunklen Zeiten des Kriegszustandes. In Deutschland wiederum verbindet man mit dem Jahr 1989 in erster Linie die sommerlichen Massenfluchten der DDR-Bürger, die Montagsdemonstrationen in Leipzig, die Öffnung der Berliner Mauer am späten Abend des 9. November und – als Konsequenz all dessen – die nationale Wiedervereinigung im Oktober 1990.

Ohne Zweifel stellen alle diese Begebenheiten für die jeweilige Nation wichtige Identifikationspunkte dar. Doch bei dem Gedenken an diese für die nationale Geschichte so wichtigen Ereignisse ging in der Vergangenheit allzu häufig die internationale Perspektive verloren. Dabei ist – weit mehr noch als die Gewaltlosigkeit – ausgerechnet die internationale Verknüpfung der Geschehnisse das historisch Einzigartige an den Umbrüchen des Jahres 1989.

Mit diesem Phänomen des Jahres 1989 als transnationalem Prozess befasst sich dankenswerter Weise Jürgen Kocka in seiner hier vorliegenden Vorlesung. Detail-

liert stellt er dar, wie der mühsam ausgehandelte Übergang zur Demokratie in Polen und Ungarn, die revolutionären Zustände in der DDR und der Tschechoslowakei sowie die putschartigen Machtwechsel in Bulgarien und Rumänien nicht allein aus sich selbst heraus, sondern immer nur mit Blick auf die Geschehnisse der Nachbarländer zu erklären sind. Die Grenzöffnung Ungarns bewegte Tausende von Ostdeutschen zur Flucht und setzte so die DDR-Regierung unter Druck. Ermutigt von den Ereignissen in Polen, Ungarn und der DDR gingen bald auch die Menschen in Prag auf die Straße. Und von Ungarn sprang der revolutionäre Funke schließlich auch nach Rumänien über.

Als „paradoxe Erfüllung des kommunistischen Traumes“ bezeichnet folglich der britische Historiker Timothy Garton Ash das Jahr 1989. „Kommunisten träumten von der proletarischen Internationalen, welche die Revolution von einem Land in das nächste tragen würde; in den Jahren 1989-1991 breitete sich die Revolution dann tatsächlich von Land zu Land aus – mit dem Ergebnis der Überwindung des Kommunismus.“

Nicht zuletzt für die Friedrich-Ebert-Stiftung machte sich die internationale Reichweite der Umbrüche bald schon bemerkbar. Zwar unterhielt die Stiftung bereits seit 1970 Beziehungen nach Polen. Erst der Systemwechsel des Jahres 1989 ermöglichte es der Stiftung aber, im Folgejahr endlich ein Büro in der polnischen Hauptstadt zu eröffnen. Auch deshalb bin ich besonders froh über das Thema der vorliegenden Willy-Brandt-Lesung.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre.

**Prof. Dr. habil. Adam Jezierski**

Stellvertretender Rektor der Universität Breslau,  
zuständig für Wissenschaft und internationale Arbeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2009 ist von großer historischer Bedeutung. Ein Grund sind die runden Jahrestage, deren besonders intensiv in unserem Teil Europas gedacht wird. So sind zwanzig Jahre seit der Berufung des ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten in Polen seit 1945 vergangen. Diese Berufung war eine Folge des Wandels, der mit dem „Runden Tisch“ und der Parlamentswahl vom 4. Juni 1989 einher ging. Bald darauf begann der berühmte „Herbst der Völker“ mit der tschechischen „samtenen Revolution“, dem Sturz der Berliner Mauer und schließlich dem blutigen Fall des rumänischen Regimes.

Polen und die Länder unserer Region erlangten ihre Freiheit und volle Souveränität wieder, Deutschland vollzog seine Vereinigung. Die Versklavung und die Trennungen, deren Opfer wir lange Jahrzehnte waren, waren Folgen anderer schwerwiegender Ereignisse, deren 70. Jahrestag wir ebenfalls 2009 gedenken. Der Beginn des Krieges am 1. September 1939 bildet eine der markantesten Zäsuren in der Geschichte Polens: sowohl auf staatlicher Ebene als auch im Leben der einzelnen Menschen. Die Erinnerung an die Kriegstragödie ist nach wie vor lebendig in unseren Familien. In der Generation unserer Eltern und Großeltern begegnen wir ununterbrochen den Spuren von Kriegswunden. Das bewirkt, dass der Krieg nicht nur ein Thema aus dem Lehrbuch bzw. einer Fernsehsendung, sondern eine persönliche Erfahrung ist. Und obwohl die Zeugen jener Zeiten sterben: die Erinnerung an sie bleibt da.

Gleichzeitig ist die Form dieser Erinnerung Gegenstand der Analyse, der Diskussion und – wie wir es beobachten – der politischen Auseinandersetzung. Für die Völker unseres Teils von Europa bedeutete der Krieg nicht nur einen Überfall der Nazis. Für uns hat er ein zweites Gesicht. Das der Expansion des kommunistischen Regimes, für die der Hitler-Stalin-Pakt den Weg geebnet hat und die durch die Ak-



zeptanz des Westens für die sowjetische Vorherrschaft nach dem Sieg über das Dritte Reich gefestigt wurde. Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, welch einen langen Weg die Völker dieses Teils von Europa bewältigen mussten, um aus dem schreckens- und gewaltvollen Schatten des Jahres 1939 herauszutreten. Die politische und gesellschaftliche Freiheit, die manchmal einen bitteren Beigeschmack hat, erfahren wir erst seit 20 Jahren. Geschichtlich gesehen ist das nicht viel. Lasst uns das jedoch als Vorläufer zu einer Epoche der wahren Freiheit und des wahren Friedens auf unserem Kontinent betrachten. Das Nachdenken über Geschichte kann uns helfen, diese große Wende immer aufs Neue zu würdigen und zu festigen.

Ich hoffe, dass die Vorlesung von Prof. Jürgen Kocka, einem der hervorragendsten deutschen Historiker, die die Gesellschaftsgeschichte erforschen, auf diese längere Perspektive der „europäischen Revolution 1989“ aufmerksam machen wird. Ich möchte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen, ihrem ehemaligen Direktor, Peter Hengstenberg, sowie dem neuen Leiter, Knut Dethlefsen, für die Initiative danken, mit unserem Willy-Brandt-Zentrum alljährlich Vorlesungen zu veranstalten, die dem Namensgeber dieser Einrichtung gewidmet sind. Wir danken dem scheidenden Direktor, begrüßen herzlich seinen Nachfolger und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit. Ich möchte auch unserem Willy-Brandt-Zentrum für die Veranstaltung dieser Vorlesung danken. Ich wünsche Ihnen eine interessante Vorlesung und eine fruchtbare Diskussion.

**Prof. Dr. habil. Przemysław Wiszewski**  
Vizedirektor des Historischen Instituts  
der Universität Breslau

Sehr geehrte Damen und Herren

Als sich der Staub nach der napoleonischen Epoche legte, machten sich die europäischen Politiker die Geschichte zu Nutzen: als eine Quelle von Argumenten im politischen Streit der Großmächte und der kleinen, unterdrückten Völker. Die politische Geschichte, fokussiert auf große Ereignisse, sollte andeuten, wer mehr Anspruch darauf hat, über die einzelnen Teile Europas zu herrschen. Den Völkern Europas brachte das keinen Frieden. Ganz im Gegenteil. Angespornt vom Verlangen nach alter Pracht, führten sie immer wieder Kriege miteinander. Das blutigste Opfer auf dem Altar der Geschichtspolitik brachten sie während des Zweiten Weltkriegs dar.

Mit dem Ende des Krieges begann die Aufarbeitung des Vergangenen. Einen bedeutenden Anteil hatten dabei die Forscher, die sich mit der Sozialgeschichte befassten. Sie waren es, die darauf hinwiesen, wie stark die latenten, auf den Chronikkarten und Zeitungsblättern unsichtbaren Veränderungen, die in großen und kleinen Gesellschaftsgruppen erfolgten, das Leben Europas beeinflusst haben. Es war ihr Verdienst, dass die Historiker mit Soziologen, Sozialpsychologen, Ökonomen zusammenarbeiteten. Damit war Geschichte keine Sammlung von Beispielen mehr, mit denen Politiker ihre Ausführungen belegten. Sie wurde vielmehr zum Eigentum der Bevölkerung, eng mit ihr verbunden, und wies mit Nachdruck auf die Rolle hin, die der kollektive Souverän sowohl in der Geschichte als auch in der Gegenwart spielt.

Professor Jürgen Kocka ist ohne Zweifel ein erfahrener Forscher im Bereich der Sozialgeschichte. Mit großer Freude möchte ich ihn im Namen der Gemeinschaft der Breslauer Historiker in unserer Universität begrüßen. Und gleichzeitig möchte ich ihm versichern, dass wir mit gleich großem Interesse seine Reflexion über den Wandel der Jahre 1988 und 1989 verfolgen werden. Für die polnische Gesellschaft

waren und sind diese Jahre ein zentraler Wendepunkt, der ihre Zukunft beeinflusste. Umso neugieriger werden wir den darauf gerichteten Blick Kockas aus dem Grenzbereich von Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft verfolgen. Das Verständnis des sozialen Hintergrunds der Geschichte bringt die Hoffnung mit sich, Fehler mit nicht nur bedeutenden, sondern vor allem lange anhaltenden Folgen zu vermeiden. Dadurch, dass wir uns Bemerkungen eines Experten der Reflexion über windige Wege der in den Gesellschaften erfolgenden Veränderungen anhören, erhalten wir die einmalige Chance, uns selbst mit den Augen eines einsichtigen Experten zu reflektieren.

Herr Professor, nehmen Sie bitte unseren aufrichtigen Dank dafür an, dass Sie den Wunsch geäußert haben, Ihre Überlegungen zu einem – besonders für uns – so wichtigen Zeitpunkt der europäischen Geschichte mit uns zu teilen. Lasst uns zuhören und diskutieren. Denn die Wahrheit über Vergangenheit ergibt sich aus dem Meinungsaustausch, aus der Konfrontation von Ansichten und Erfahrungen, sie geht hingegen unter in einvernehmlicher, politisch korrekter Stille. Jener Stille, gegen die unser Gast seit Jahren mit seinem Wissen kämpft.

**Prof. Dr. habil. Krzysztof Ruchniewicz**

Direktor des Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europastudien  
an der Universität Breslau

Sehr geehrte Damen und Herren,

bereits zum siebten Mal treffen wir uns auf Anregung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen, um im Rahmen der Vortragsreihe „Willy Brandt Vorlesung“ das Andenken des Namensgebers unserer Einrichtung, des hervorragenden deutschen Politikers und Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt zu ehren. Heute haben wir Prof. Jürgen Kocka zu Gast, einen bekannten Historiker, der sich mit der Sozialgeschichte Deutschlands und Europas befasst. Das von ihm gewählte Thema des heutigen Vortrags ist ein klarer Beweis für die starken Verbindungen unserer Gegenwart mit der Geschichte. In diesem Jahr feiern wir nämlich mehrere Jahrestage, die nicht nur für Polen und unseren westlichen Nachbarn, sondern auch für den ganzen alten Kontinent wichtig sind. Gestatten Sie bitte, dass ich einige Bemerkungen zu der Rolle und Bedeutung der Ereignisse von 1989 aus polnischer Sicht mache. Im weiteren stelle ich unseren Referenten kurz vor.

1.

Der Untergang des Kommunismus war kein plötzliches und einmaliges Ereignis. Er war auch nicht auf die Geschehnisse von 1989 beschränkt. Seine Anzeichen konnten in der ganzen Nachkriegszeit erkannt werden, beinahe seit der Zeit der Einrichtung kommunistischer Regimes in Ländern, die der Sowjetunion untergeordnet wurden. Der Versuch, das stalinistische System auf diese Länder zu übertragen, erwies sich in historischer Perspektive als große Niederlage. Der sowjetische Kommunismus erweckte gesellschaftlichen Widerstand, der nicht nur durch die Ablehnung der Ideologie motiviert war, sondern auch durch nationalen Widerstand aufgrund früherer langer Konflikte einiger Länder mit Russland. Im Ostblock kam es gelegentlich zur Kulmination der gesellschaftlichen Unzufriedenheit, die in Streiks, Unruhen und sogar Aufständen resultierte. Hinzuweisen ist allerdings auch auf die Versuche, das System friedlich, durch seine Reformierung zu wandeln. Weil sich jedoch das System als reformunfähig erwies, sowohl in poli-

tischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht, führten kurzfristige Krisen zu einem dauerhaften Zusammenbruch. Der anspruchvollste Versuch, das System von innen zu retten, Gorbatschows *Perestroika*, wurde zu einem Beschleuniger des Wandels und zu einem sprichwörtlichen grünen Licht für die Völker Mitteleuropas in ihrem Streben nach der Wiedererlangung der Souveränität.

2.

In der polnischen Geschichtsschreibung, der Bildung und in den Medien wird die ständige Präsenz der oppositionellen Tendenzen gegen das aufgezwungene kommunistische System hervorgehoben. Ihre Intensität war unterschiedlich, in manchen Perioden beschränkte sie sich auf elitäre Kreise. Der Umstand jedoch, dass in Polen das Privateigentum auf dem Lande sowie die Unabhängigkeit der katholischen Kirche bestehen blieben, bewirkte, dass die Auflehnung gegen das System einen soliden Rückhalt hatte. Sie war noch stärker dank einer weitgehend unabhängigen Stellung der wissenschaftlichen und künstlerischen Kreise nach 1956, wodurch bestimmte Diskussionen und die Herausbildung politischer Positionen möglich wurden.

3.

Die Historiker sprechen von den sog. polnischen Monaten, die den Widerstand der Polen gegen den Kommunismus in den Jahren 1956-1980 symbolisieren. Nach Unterdrückung der legalen und illegalen Opposition Ende der 40er Jahre kam es 1956 zu neuen Vorstößen gegen den Stalinismus: im Juni und Oktober. Die blutige Arbeiterrevolte in Posen verwandelte sich allerdings nicht in einen bewaffneten Aufstand vom Rang der Ereignisse in Ungarn. Im Herbst kam es zu einem Machtwechsel und einer teilweisen Liberalisierung des Systems. In Polen, das durch verheerende Kriegsverluste ausgezehrt war, erfolgte keine direkte bewaffnete Konfrontation zwischen den Gegnern des Regimes und dessen Basis. Im Widerstand wurden friedliche Methoden praktiziert: Demonstrationen, Streiks, Hungerstreiks, Aufbau eines regierungsunabhängigen Informationsumlaufs und der gesellschaftlichen Diskussion. Zwar tritt in der letzten Zeit in der polnischen Geschichtspolitik der Kult des Warschauer Aufstands von 1944 in den Vordergrund, dessen Heroismus und Hekatombe mit kaum einem anderem Ereignis der polnischen Nationalgeschichte des 20. Jahrhunderts vergleichbar sind. Jedoch wissen die allermeisten Polen die Er kämpfung der Freiheit mit Methoden einer blutlosen Revolution

zu schätzen, die scheinbar in einem krassen Widerspruch zu unserer Geschichte des Unabhängigkeitskampfes im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gestanden hat.

4.

Der Untergang des Kommunismus in Polen wird in Verbindung mit Ereignissen im gesamten Ostblock wahrgenommen. Man behauptet jedoch gemeinhin, dass der Beitrag Polens zum Werk der Systemzerschlagung am größten war, weil sich hier die gesellschaftlichen Proteste regelmäßig wiederholten und keinen vereinzelt Charakter hatten. Es werden also folgende Ereignisse genannt wie: das erwähnte Jahr 1956, 1968 (Studenten- und Intelligenzrevolte), 1970 (Arbeiterstreiks an der Ostseeküste), 1976 (eine erneute Welle der Arbeiterstreiks und die Entstehung der organisierten politischen Opposition), 1980 (Entstehung der regierungsunabhängigen Gewerkschaft *Solidarność*, ein gemeinsamer Vorstoß der Arbeiter, Landwirte und Intelligenz). Viel spricht man über die Rolle des Papstes Johannes Paul II., was sich teilweise durch hagiographische Einstellung gegenüber einer allgemein geachteten und angebeteten Person erklären lässt. Andererseits spiegelt jedoch die Person des Papstes die Bedeutung des Katholizismus in der Nachkriegsgeschichte Polens für die Erhaltung der Gedankenunabhängigkeit und der nationalen Tradition wider, sowie die politische Bedeutung der Kirche als Mittlerin und Betreuerin der Benachteiligten. Der Papst vertritt auch das intellektuelle Antlitz der Auflehnung gegen den Kommunismus, während Lech Wałęsa, der Vorsitzende der *Solidarność*, eine weitere Verkörperung der historischen Figur des mutigen Volksführers ist.

5.

Die Einzigartigkeit der Ereignisse von 1980-1981 besteht darin, dass sie einen Massencharakter hatten und das ganze Volk umfassten. Das war eine Folge des gemeinsamen Engagements der Intelligenz und der Arbeiter, das 1968 bzw. 1970 gefehlt hatte.

6.

Der Untergang des polnischen Kommunismus verteilt sich auf die ganze Periode der 80er Jahre, deren Klammern die Generalstreiks am Anfang und am Ende des Jahrzehnts bilden. Die *Solidarność* hat diese Jahre, trotz Schwächung durch Verfolgungen, als Organisation überlebt, die über ein allgemeines Programm und einen Kader verfügte. Das mussten die schwächer werdenden Kommunisten anerkennen, deren Macht durch eine enorme Wirtschaftskrise und mangelnde Unterstützung von Moskau untergraben wurde. Symbolereignisse für 1989, im heutigen Polen allerdings durch verschiedene politische Kontroversen belastet, sind: das Ende der sog. Gespräche am Runden Tisch und ein Übereinkommen der Opposition mit den Machthabern, die Parlamentswahlen im Juni 1989 und die Einführung einer starken Vertretung der Opposition in den Sejm und Senat, die Ernennung des ersten nichtkommunistischen Premierministers seit 1944 in Person von Tadeusz Mazowiecki. Abschließend erfolgte die Änderung des Staatsnamens, die Auflösung der kommunistischen Partei und der Systemwandel infolge der Einführung der völlig freien Wahlen und der allgemeinen Präsidentschaftswahl. Es wird nachdrücklich betont, dass sich diese Ereignisse lange vor dem Sturz der Berliner Mauer, die nun zu einer Ikone des „Völkerherbstes“ geworden ist, sowie vor anderen Ereignissen im Ostblock abgespielt hatten. Der Wandel in Polen hatte einen evolutionären Charakter, er führte über eine Periode des Mitregierens mit den Kommunisten zur Übernahme der gesamten Verantwortung durch die Opposition für das Land, das gerade einen tiefen wirtschaftlichen Zusammenbruch und gesellschaftliche Stagnation erlebte.

7.

In den Jahren 1989/1990 sah sich die neue Regierungsmannschaft vor keinen geringeren Herausforderungen als jene Regierungen, die Polen nach seiner Wiedergeburt 1918 wiederaufzubauen hatten. Befürchtungen bezüglich der Entwicklung der Lage in Polen waren unter westlichen Analytikern und Politikern stark ausgeprägt. Das größte Land der Region, mit zerfallender Wirtschaft und mangelnder Praxis der demokratischen Machtausübung, erschien damals bei weitem nicht allen als ein künftiger stabiler Partner. Die Revolution der *Solidarność* verwandelte sich in eine Revolution der Transformation auf mehreren Ebenen, deren Erfolge und Niederlagen bereits Gegenstand der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion sind. Der Untergang des kommunistischen Systems eröffnete für die Polen

die Periode einer einzigartigen Chance, in deren Genuss sie in ihrer Geschichte äußerst selten kamen. Indem die Polen den 20. Jahrestag der Ereignisse von 1989 geehrt oder sogar über sie gestritten haben, mussten sie auch auf die Errungenschaften dieser jüngsten Periode in ihrer Geschichte zurückblicken und sich den Ausgangspunkt in Erinnerung rufen. Und dieser war nicht nur der Herbst von 1989, sondern auch von 1939. Die Folge der großen Niederlage war – trotz der späteren militärischen Anstrengung, der abgeschlossenen Bündnisse, der enormen Menschen- und materiellen Verluste – der Verlust der Unabhängigkeit sowie der Möglichkeit, über die eigene Entwicklung selbst zu entscheiden.

Ich denke, dass der Vortrag, den wir gleich hören werden, Bezüge zu den obigen Reflexionen sowie viele andere, neue, aufschlussreiche Bemerkungen enthält. Professor Jürgen Kocka wurde 1941 geboren. Er studierte in Wien, Berlin und North Carolina Geschichte, Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie. 1968 verteidigte er seine Doktorarbeit an der Freien Universität Berlin und wurde bald darauf habilitiert. 1973 bis 1988 war er Professor an der Universität Bielefeld und von 1988 bis 2009 war er Professor der Freien Universität Berlin. Gemeinsam mit Hans-Ulrich Wehler gründete er die Bielefelder Schule, die die deutsche historische Forschung durch die Einbeziehung der Reflexion über die Rolle und Bedeutung der Sozialgeschichte revolutionierte. Professor Jürgen Kocka hat maßgeblich zur Initiierung und Durchführung von historischen komparatistischen Studien beigetragen. Eines besonderen Interesses des Professors erfreuen sich Themen wie: die Geschichte der Arbeiter und der Arbeit, des europäischen Bürgertums, die Sozialgeschichte der DDR sowie theoretische Überlegungen zur Sozialgeschichte und Komparatistik. Er ist Autor zahlreicher Publikationen. In Polen erschien vor einigen Jahren in der angesehenen Poznańska Biblioteka Niemiecka (Posener Deutsche Bibliothek) eine Auswahl seiner Artikel unter dem Titel „Zur Sozialgeschichte Deutschlands“.

Abschließend möchte ich der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen für die Veranstaltung dieser Vortragsreihe danken. Gedankt sei dem ehemaligen Direktor der Vertretung, Peter Hengstenberg, für die Jahre fruchtbarer Zusammenarbeit und Freundschaft, die eine schwierige Periode in der Geschichte des Zentrums überstanden hat. Dem neuen Leiter, Knut Dethlefsen, danke ich für den Willen, die Vorträge in Zukunft fortzusetzen. Ich habe die große Hoffnung, dass es nicht das einzige Projekt sein wird, das wir gemeinsam umsetzen. Bei Herrn Prorektor für Wissenschaft und Zusammenarbeit mit dem Ausland, Professor Adam Jezierski,



bedanke ich mich für das Wohlwollen bei unserer Hochschulleitung, und bei Professor Przemysław Wiszewski, dem stellvertretenden Direktor des Historischen Instituts, für die Zusammenarbeit bei der Veranstaltung der Vorträge.

Herr Professor, ergreifen Sie bitte das Wort.

Jürgen Kocka  
**1989 – Eine transnationale Revolution  
und ihre Folgen**

1.

Historische Erinnerung ist vornehmlich nationalgeschichtlich geprägt. Von Land zu Land unterscheidet sich das kollektive Gedächtnis. Zwar gibt es Ereignisse, die international erinnert werden, wie der deutsche Überfall auf Polen, der den Zweiten Weltkrieg begann, und dessen 70. Jahrestag am 1. September 2009 mit großer internationaler Aufmerksamkeit begangen wurde. Auch gibt es Forschungsprojekte, die sich um europäische Erinnerungsorte – oder auch um deutsch-polnische Erinnerungsorte (Robert Traba) – bemühen. Meist aber herrscht in der anschwellegenden Erinnerungsliteratur der nationalgeschichtliche Blickwinkel vor. In den Medien, durch Denkmäler oder auf Jubiläumsveranstaltungen wird meistens erinnert und gewürdigt, was zu den Taten und den Leiden, den Triumphen und Katastrophen, aber auch zum Alltag der *e i g e n e n* Geschichte gehört – und eigene Geschichte ist weiterhin vor allem die Geschichte des eigenen Landes, der eigenen Kultur, der eigenen Nation.

Dies ist verständlich, aber der historische Prozess, auf den die Erinnerung zielt, ist häufig transnational gewesen. Erinnerung und Geschichte sind auch in dieser Hinsicht nicht kongruent. Will man begreifen, was wirklich geschah, muss man oft über den nationalgeschichtlichen Tellerrand hinausblicken. Dann sieht man, dass die kollektive Erinnerung in ihrer nationalgeschichtlichen Begrenzung nur einen Ausschnitt erfasst. Und dieser Ausschnitt erscheint in anderem Licht, wenn man ihn als das erkennt, was er wirklich ist: als besonderer Teil eines größeren Ganzen.

Als Beispiel kann der 2009 in Deutschland stattfindende Boom von Erinnerungen an 1989 dienen. Tag für Tag beschäftigten sich die Medien mit den Vorgängen vor zwanzig Jahren. Die damaligen Ereignisse in Deutschland standen völlig im Mittelpunkt des Interesses, der Zeitzeugenberichte und der Gedenkveranstaltungen:

die Proteste der Ostdeutschen, ihr Drang in den Westen, die Berliner Mauer und ihre Öffnung am 9. November – und die großen Emotionen, die damit verbunden waren.

Aber was 1989 geschah, war in Wirklichkeit nicht ein Phänomen der deutschen – oder irgendeiner anderen – Nationalgeschichte. Es war ein dynamischer Zusammenhang mit grenzüberschreitender Erstreckung, eine transnationale Revolution. Erst im Licht der historischen Analyse erkennt man die Begrenztheit des national verengten Erinnerungsbetriebs.

Zunächst konzentriere ich mich auf das Jahr 1989 und seine Vorgeschichte. Ich spreche von dreimal zwei miteinander verknüpften Umbrüchen, zuerst in Polen und Ungarn, dann in der DDR und der Tschechoslowakei, schließlich in Rumänien und Bulgarien. Danach erweitere ich den Blick auf andere Teile Europas und auf die beiden Jahrzehnte, die seit jenen Umbrüchen vergangen sind. Am Ende überlege ich, mit welchem Recht die Umwälzung von 1989/90 als Revolution bezeichnet wird.

2.

Die sechs Fälle verliefen unterschiedlich. In gewissem Sinn kann man sagen, dass „1989“ schon 1980 begann, mit den Streiks auf der Werft in Danzig und der Gründung von *Solidarność*, ermutigt vom polnischen Papst, der 1979 sein Heimatland besucht hatte. Die 80er Jahre brachten eine ungünstige, enttäuschende Entwicklung der materiellen Verhältnisse mit zunehmender Unzufriedenheit, die fortschreitende Delegitimierung des Systems unter dem „Kriegsrecht“ und die allmähliche Entwicklung einer oppositionellen Gegenelite, die auch Kontakte zu Partei und Regierung besaß. Gewisse Reformen fanden seit 1986 statt, aber insgesamt bestand eine Pattsituation, die erst nach den Streiks vom Sommer 1988 in Bewegung kam, als man sich entschloss, einen „Runden Tisch“ – den ersten – einzurichten, für Verhandlungen zwischen der Regierung und verschiedenen sozialen, auch oppositionellen Gruppen. Diese Verhandlungen, mit der Kirche als potenziellem Schlichter und Garanten gefundener Vereinbarungen im Hintergrund, führten zum Kompromiss der halbfreien Wahlen im Juni 1989, die die Kommunisten haushoch verloren. Neue Parteien entstanden und die erste nicht-kommunistisch geleitete Regierung Polens seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs entstand, einschließlich der wieder legalen *Solidarność* – ein klares Zeichen der Anknüpfung an 1980/81 und der Startschuss für weitere Reformen umfassender Art.

In Ungarn gelangen in den späten 80er Jahren kleine Veränderungen, die von Reformkommunisten in Partei und Regierung – mit Kontakt zu oppositionellen Gruppen – unterstützt oder toleriert wurden, angetrieben von wirtschaftlichen Schwierigkeiten und vom Verlangen nach wirtschaftlichen Reformen. Das sowjetische Beispiel unter Gorbatschow spielte eine Rolle, die polnischen Veränderungen wurden beobachtet. Hier in Ungarn gingen entscheidende Anstöße zur Veränderung aus dem Regierungsbereich hervor. Es war das Zentralkomitee der ungarischen kommunistischen Partei selber, das im Februar 1989 nach der Bildung eines Mehrparteiensystems und der Abhaltung freier Wahlen rief. Im Juni wurden Dreiparteienverhandlungen geführt, zwischen Kommunisten, Oppositionsgruppen und anderen gesellschaftlichen Organisationen. Ein Referendum und freie Wahlen folgten, in denen die Kommunisten unterlagen. Unter der Führung der neugegründeten Partei „Ungarisches Demokratisches Forum“ wurde eine nicht-kommunistische Regierung gebildet. Die Reformgesetzgebung wurde zügig begonnen: Verfassungsreformen, Schritte in Richtung einer Marktwirtschaft, der Schutz ethnischer Minderheiten.

Anders verlief die Entwicklung in der DDR und der Tschechoslowakei. Diese beiden Länder waren über die Jahre von konservativen Kommunisten und repressiven Regimen regiert worden. Die Verhältnisse waren hier starrer als in Polen und Ungarn. Die Veränderungen kamen hier später, sie verliefen dann stoßartiger, rascher, revolutionärer als in Polen und Ungarn. Sie wurden hier von schnell wachsenden Massenbewegungen vorangetrieben, statt durch institutionelle Kompromisse wie in Ungarn und Polen.

Die DDR stellte insofern einen Sonderfall dar, als sie nur einer von zwei Staaten gleicher Nationalität war. Der andere deutsche Staat im Westen war nicht nur viel größer und erfolgreicher, sondern auch ein permanenter Bezugspunkt, mit dem sich die Ostdeutschen verglichen, ein großer Bruder und Rivale, der die staatliche Teilung und damit die Existenz der DDR nie voll anerkannte. Dies zeigte sich unter anderem an seiner Staatsbürgerschaftspolitik, die am Prinzip einer deutschen Staatsbürgerschaft festhielt und wie eine ständige Einladung an alle Deutschen, auch die aus der DDR, wirkte. Dies hatte zur Folge, dass der Umbruch in der DDR mit der Forderung nach Reisefreiheit begann, mit dem Druck auswanderungswilliger Ostdeutscher auf die Grenzen der DDR und, als die Grenzen bröckelten, als Massenexodus zahlloser Ostdeutscher nach Westdeutschland. Auf faszinierende Art und Weise verbanden sich Massenexodus aus der DDR mit Massenbewegun-

gen in der DDR, die seit September 1989 auf den Straßen der ostdeutschen Städte in Erscheinung traten und lawinenartig anschwellen. Dieses Wechselspiel von Massenexodus und Massenbewegung – von exit und voice (Albert Hirschman) – setzte eine Dynamik in Gang, die in wenigen Monaten das Honecker-Regime zu Fall brachte, mit dem Mauerfall am 9. November als dramatischem Scheitelpunkt. Die Grenzöffnung machte es möglich, dass die Bewegung der Ostdeutschen nun Schritt für Schritt in den Sog der Politik der Bundesrepublik geriet, dass sich in die Forderungen nach Freiheit, Wohlstand und Demokratisierung immer deutlicher Forderungen nach nationalstaatlicher Einheit mischten. In den freien Wahlen vom März 1990 sprach sich eine große Mehrheit der Ostdeutschen für die Wiedervereinigung nach westdeutschem Muster aus. Diese fand, unter den gegebenen Machtverhältnissen, als Beitritt der DDR zur Bundesrepublik statt. Nur hier führte das Ende des Kommunismus zum Ende selbständiger Staatlichkeit.

Erst Mitte November zündete der Funke der Revolution auch in Prag, zuerst in Zirkeln von Dissidenten, Schriftstellern, Künstlern und Studenten, die sich in Klubs und Theatern trafen; dann im Milieu streikender Arbeiter; sehr bald aber in Massendemonstrationen, die in wenigen Tagen bisher ungekannte Größenordnungen erreichten: Die Zahl der Teilnehmer schnellte in Prag für einige Tage auf ca. 750.000 hinauf.

Auch in Prag kam die Dynamik aus einer aktiven, sich schnell vervielfältigenden Massenbewegung auf breiter Basis, die mit nicht legalen, aber gewaltlosen Mitteln operierte. Diese Aktionen waren hier noch massiver, und der Prozess vollzog sich hier noch schneller als in der DDR. Während es ca. sechs Wochen gedauert hatte, bis Honecker in der DDR zurücktrat, und noch länger, bis alle anderen Mitglieder der „alten Garde“ abgetreten waren, dauerte es nur eine Woche, bis das tschechoslowakische Politbüro zurücktrat. Eine neue nicht-kommunistische Regierung wurde unter der Führung des neugegründeten Bürgerforums und ihrer slowakischen Schwesterorganisation, der VPN, schnell gebildet. Vaclav Havel, der regimekritische Dramatiker, politischer Gefangener über lange Zeit und sicherlich der beeindruckendste Führer der 89er Bewegung in Europa, wurde bereits im Dezember 1989 zum Präsidenten der Republik gewählt.

Weiter östlich, auf dem Balkan, verlief es anders. Rumänien wurde zum einzig wirklichen gewaltsamen Fall. Noch im November 1989 erklärte Nicolae Ceausecu stolz, dass es keine Reformen geben werde. Er beabsichtigte, seine bizarre

Gewaltherrschaft fortzusetzen, in der Nepotismus, Personenkult und ein machtvoller Geheimdienst (Securitate) die zentralen Rollen spielten. Aber im Dezember entzündeten sich gesellschaftlicher Protest und Gewalt an der Situation der ungarischen Minderheit in der westlichen Stadt Temesvár, die als sich ausbreitende Massenproteste bald auf Bukarest übersprangen. Es kam zu einer Art Spaltung in der herrschenden Elite, die Streitkräfte unterstützten eine neugegründete „Front zur Nationalen Rettung“, also Gegner von Ceausescu, der zusammen mit seiner Frau gefangengenommen und am Weihnachtstag 1989 umgebracht wurde. Ion Iliescu wurde zum neuen Präsidenten berufen, ein früherer Kommunist, nun Post-Kommunist, der schon einige Jahre zuvor mit Ceausescu gebrochen hatte. Die Institutionen des alten Regimes wurden von ihm aber nur zu einem kleinen Teil reformiert.

In Bulgarien entwickelten sich die Konflikte, Proteste und ihre Unterdrückung um die türkisch-ethnische Minderheit, die von Generalsekretär Schiwkow, dem dienstältesten Diktator im kommunistischen Block, unterdrückt und zum Teil vertrieben wurde. Mitte November entschieden sich Parteireformer, vom Außenminister geführt, zu handeln und den alternden Führer zu verdrängen. Die damals typische Abfolge von Ereignissen schloss sich an: die Freilassung politischer Gefangener, die Zulassung von nicht-kommunistischen Parteien, ein „runder Tisch“ für die Planung freier Wahlen, einige Verfassungsänderungen und volle Staatsbürgerschaft für Moslems und Türken, eine Umbenennung der Kommunistischen Partei in „Bulgarische Sozialistische Partei“, dann die Wahlen selbst, die hier die ehemaligen Kommunisten gewannen.

Die Umstürze in Rumänien und Bulgarien glichen ein wenig Palast-Revolten, das heißt die Machtverhältnisse änderten sich als Resultat eines Kampfes zwischen verschiedenen Fraktionen der regierenden Elite. Personelle und institutionelle Kontinuität blieben stark ausgeprägt. Nichtsdestotrotz brachte der Umbruch auch hier die alte Ordnung zu Ende und die beiden Balkanländer auf ihren langen Weg „zurück nach Europa“.

3.

Die sechs Fälle waren unterschiedlich: langgestreckt und voll institutioneller Kompromisse in Polen und Ungarn, revolutionär in der DDR und der CSSR, putschartig in Rumänien und Bulgarien. Aber es bestanden auch wichtige Gemeinsamkeiten:

**Erstens:** Die Umbrüche beeinflussten sich gegenseitig, wie Steine in einem Domino-Spiel. Man beobachtete sich gegenseitig. Was an Reformen in Polen gelang, diente den Ungarn als Ermutigung und zeigte ihnen, was ungestraft möglich war. Die Öffnung der Grenzen Polens und Ungarns stellte Schleusen für den ost-deutschen Exodus nach Westen bereit, der die Protestneigung im Innern der DDR steigerte und die dortige Regierung diskreditierte. Die ungarischen Reformen wirkten sich auf Rumänien aus, wo die Unruhen nicht zufällig im westlichen Temesvár begannen, mit der dortigen ungarischen Minderheit. Sobald kommunistische Führer in einem Land gestürzt wurden, höhnte das die Legitimität kommunistischer Führungen anderswo aus. Hier liegt die herausragende Bedeutung von Polen und Ungarn, sie waren die ersten und dienten als Beispiele, sie wirkten ansteckend nach West und nach Ost.

**Zweitens:** Anders als in der Sowjetunion wurde der Umbruch in allen sechs Fällen nicht „von oben“ durch Regierungshandeln herbeigeführt, sondern im wesentlichen „von unten“ durch soziale Bewegungen erzwungen. Das gilt auch und besonders für Polen, wenn man – was sich durchaus empfiehlt – das ganze Jahrzehnt in den Blick nimmt. Polen ist auch analytisch ein spannender Fall. Denn hier wächst der Aufstand, der am Ende die Diktatur beseitigt, sehr klar aus den Traditionen der Arbeiterbewegung heraus – man denke an Danzig 1980, an Solidarność und die Streiks im Sommer 1988. Dies war nicht so in der DDR, wo die Massenbewegung des Jahres 1989 nicht aus den Betrieben hervorging und nicht von Gewerkschaften angeführt wurde. Die soziale Zusammensetzung der Bewegungen, die die Regierungen der sechs Länder in die Enge trieben und zum Nachgeben drängten, verdienen eine gründlichere komparative Untersuchung, als sie hier geleistet werden kann. Doch überall galt in der einen oder anderen Weise: Das Volk wurde aktiv und zum Subjekt des Umbruchs.

Dieser hatte überall systemischen Charakter. Das heißt, es fanden gleichzeitig und innerhalb kurzer Zeit Änderungen des politischen Systems, der Wirtschaftsordnung, des sozialen Lebens und der dominanten Ideologien statt. All das war miteinander verknüpft.

Beides – die starke Rolle sozialer Bewegungen „von unten“ wie der systemische Charakter und die zeitliche Verdichtung der Veränderungen auf wenige Jahre, Monate und Wochen – machen es möglich, von den Umbrüchen 1989/90 als einer Revolution zu sprechen.

**Drittens:** Die Massen und die Aktivisten der 89er Bewegungen blieben weitestgehend gewaltlos. Ihre pazifistische Qualität war bemerkenswert, taktisch klug und nur verständlich auf dem Hintergrund der früheren Gewaltexzesse des 20. Jahrhunderts, die aufgrund der gemachten Erfahrungen vermieden werden sollten. Wichtig war auch, dass gewaltlose Demonstrationen und Regierungskritik im Prinzip anderswo anerkannt waren, im Prinzip also zur Verfügung standen, wenngleich sie im kommunistisch beherrschten Teil Europas nicht durchgesetzt wurden. Ebenso bemerkenswert war, dass die Regime zusammenbrachen und die herrschenden Eliten nachgaben, ohne gewaltsame Mittel wie Polizei und Armee für den entschiedenen Machterhalt einzusetzen. In Peking war es im Sommer 1989 noch anders verlaufen und das war bekannt! Im Gegensatz zu den faschistischen Diktaturen früherer Jahrzehnte lösten sich die kommunistischen Diktaturen am Ende des 20. Jahrhunderts weitgehend ohne Krieg und Gewalt auf, mit der Ausnahme Rumäniens, der Kämpfe im Baltikum und des Balkans in den 90er Jahren.

**Viertens:** In allen sechs Fällen spielte das Streben nach nationaler Identität und Autonomie eine große Rolle, es richtete sich gegen das supranationale Sowjetimperium. Alle Fälle bekräftigten, restaurierten und begründeten das Prinzip des Nationalstaats neu. Auf der andern Seite zielte die Rhetorik des Wandels auf eine Ordnung jenseits von Nation und Nationalstaat. „Europa“ und „Rückkehr nach Europa“ waren positiv besetzte Codewörter, man setzte sich für „Europäische Werte“ ein. Dazu gehörten Menschen- und Bürgerrechte wie auch staatsbürgerliche Pflichten und Solidarität. „Europa“, das implizierte „Marktwirtschaft“, „Zivilgesellschaft“ und freiheitliche Demokratie oder einfach nur eine „normale“ moderne Lebensweise. In der Sprache des Umbruchs war das gewünschte Gegenmodell zum „Kommunismus“ nicht „Kapitalismus“, sondern „Europa“, schreibt Tony Judt.

**Fünftens:** Schließlich hatten die schnellen und systemischen Veränderungen in den sechs Ländern ähnliche Ursachen. Fast überall im kommunistischen Zentral- und Osteuropa fand in den 80er Jahren wirtschaftlicher Niedergang statt und führte zu wachsender Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung, zumal in einer Zeit, in der die Kommunikationsmedien die Grenzen überschritten und grenzüberschreitende Vergleiche möglich machten. Es gab andere destabilisierende Faktoren, beispielsweise die so stark von Willy Brandt beförderte Entspannungspolitik. Sie nahm den kommunistischen Regierungen die Möglichkeit weg, ihre kapitalistischen Nachbarn im Westen als bedrohliche Feinde darzustellen und über diese angebliche Bedrohung ihre diktatorische Herrschaft im eigenen Land zu legi-



timieren. Der generationelle Wandel spielte überdies seine Rolle. Die Erinnerung an Faschismus und Weltkrieg schwächte sich ab, aber diese Erinnerung hatte nach 1945 zur Legitimation des Kommunismus als der positiven antifaschistischen Alternative gedient. Neue kulturelle Praktiken setzten sich gerade bei den Jüngeren durch, mit Betonung der Individualisierung und des Konsums. Dies hatte wenig Affinität zur offiziellen marxistischen Ideologie, die ihre Kraft lange vor 1989 verlor.

Aber die wichtigsten Ursachen hinter den Veränderungen der Jahre um 1989 standen im Zusammenhang mit Gorbatschow. Er setzte mit seiner Reformpolitik seit 1985 ein Zeichen und machte deutlich, dass die Sowjetunion anders als 1953 in Berlin, 1956 in Budapest, 1968 in Prag und noch Anfang der 80er Jahre in Polen militärisch nicht eingreifen würde, um die Regime gegen fundamentale Herausforderungen im Innern zu stabilisieren. Dies war entscheidend.

Warum es zu diesem fundamentalen Wandel der sowjetischen Politik nach vielen Jahrzehnten kam, muss man erklären, wenn man „1989“ verstehen will. Vieles spielte dabei zusammen: Personen und ihr rascher Wechsel an der Spitze in Moskau, die Ermüdung eines alten Systems, der verlorene Krieg in Afghanistan, die harte Konkurrenz mit den USA unter Reagan, vor allem aber die langfristig nicht zu versteckende Unterlegenheit einer staatssozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft unter den Bedingungen der digitalen Revolution. Diese brauchte Dezentralisation, Netzwerkstrukturen und Freiheit, um ihr Potenzial zu entfalten. Dazu fehlte es in der Sowjetunion wie im gesamten Ostblock. Eisenbahnen, Hochöfen und Stahlwerke hatte man Anfang des 20. Jahrhunderts noch zentralwirtschaftlich bauen und leiten können, eine konkurrenzfähige IT-Industrie am Ende des Jahrhunderts aber nicht. Die sowjetischen Produktionsverhältnisse standen der Entwicklung der Produktivkräfte – und damit der Wettbewerbsfähigkeit des Landes – im Weg. Dies war der tiefste Grund für den Zusammenbruch des Kommunismus.

4.

Die Umbrüche von 1989 brachten Gewinner, Verlierer und neue Ungerechtigkeiten hervor. Neue Ungleichheiten entstanden in den Gesellschaften im Zuge ihrer Transformation, sie forderten zur Kritik heraus, dies zeigt sich bis heute. Die Kontroversen um Täter und Opfer, um Schuld und Verwicklung, um Unrecht und Moral in den Zeiten der Diktaturen halten bis heute an. Sie sind durchweg mit politischen

Positionskämpfen verbunden. Es ist schwierig, mit der Erbschaft von Diktaturen umzugehen. Jedes Land macht es anders. Polen verfuhr in dieser Hinsicht lange behutsamer als beispielsweise wir in Deutschland.

Aber im Großen und Ganzen bedeutete 1989 für Millionen von Menschen und Familien einen gewaltigen Schritt vorwärts in Richtung Freiheit. Ich meine Menschen- und Bürgerrechte, politische Freiheiten und Mitwirkungsrechte, Reisefreiheit, überhaupt die Chance, das eigene Leben zu gestalten. 1989 endete die diktatorische Periode der europäischen Geschichte. Trotz aller Rückschläge, etwa in Russland, ist dieser Fortschritt bis heute nicht zurückgedreht worden.

Die Urteile über die letzten zwanzig Jahre differieren. Ich zitiere ein Urteil von Adam Michnik. Er schrieb in der Zeitschrift „Osteuropa“ 2009: Die 1989 neu gewonnene Freiheit „brachte Paradoxien mit sich. Die Arbeiter, die in Polen die Freiheit erstreikt hatten, waren die ersten Opfer der Transformation. Hochburgen der Solidarność gingen bankrott. Aber im gesamten Raum [gemeint ist Mittel- und Osteuropa], mit Ausnahme des Balkans und Russlands, hat es nie bessere zwanzig Jahre gegeben als die zurückliegenden.“ Und vielleicht ist es an diesem Ort und in dieser Vorlesung auch angemessen, Willy Brandt zu zitieren. Gefragt, welchen der drei Grundwerte der Sozialdemokratie – Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – er nach seiner Lebenserfahrung für den wichtigsten halte, antwortete er in seiner Abschiedsrede: die Freiheit.

In Bezug auf die Geschichte des Kapitalismus ist die Wende der Jahre um 1989 eine tiefe Zäsur. Einerseits verlor der Kapitalismus seinen wichtigsten Widersacher. Seitdem erscheint er vielen geradezu ohne Alternative, wenn auch weiterhin reformbedürftig und, hoffentlich, reformierbar. Andererseits wurden durch den Zusammenbruch des kommunistischen Lagers und das Ende des Ost-West-Konflikts lange verschlossene Grenzen geöffnet, und das gab der längst ablaufenden Globalisierung, auch ökonomisch, einen neuen Schub. Beides beschleunigte den globalen Siegeszug des Kapitalismus, wie im „Kommunistischen Manifest“ von Marx und Engels vorausgesagt. Auch innerhalb der Gesellschaften nahm sein Gewicht mit Kommerzialisierung und Wettbewerbsverschärfung weiter zu. Die Kommodifizierung des Lebens ist auch in Territorien und Bereichen vorangeschritten, die von ihr bis dahin nicht erobert werden konnten. Der Kapitalismus verlor auch innere Grenzen. Ihm wurden mit dem Sieg über seinen Widersacher, den Kommunismus, einige innere Kontrollmechanismen entzogen, die in den Jahren

des Systemkonflikts dazu beigetragen hatten, ihn (den Kapitalismus) zu mäßigen und zu zähmen – durch regulierende Gesetze und Verordnungen der Behörden, durch absichernde Vorkehrungen des Sozialstaats wie durch soziales Verhalten und kulturelle Gewohnheit. Die marktliberale Deregulierung, die wachsende Bereitschaft zum immer größeren Risiko und die immer weniger gehemmte Entfesselung des Profitstrebens schwächten früher wirksame Brems- und Mäßigungsmechanismen ab, oder reflektierten deren Abschwächung. Vieles davon war schon vor 1989 auf dem Weg, aber 1989 öffneten sich ruckartig bis dahin mäßige Schleusen.

Vielleicht wären einige der Exzesse des Finanzkapitalismus, wie sie in den letzten Jahren hervortraten, im alten System abgebremst und vermieden worden. Vielleicht wären der Verlust an Vorsicht, der Rückgang von Langfristigkeit im Denken und Handeln sowie die Erosion der Verantwortung im Kapitalismus der letzten Jahre ohne den Emanzipationsschub von 1989/90 vermeidbar oder doch schwächer gewesen. Ein früher Triumph trägt häufig den Samen einer späteren Krise in sich. Hier besteht eine beunruhigende Verbindung zwischen 1989 und der Gegenwart. Gesucht ist eine neue Einbettung des Kapitalismus, sozial, politisch und kulturell. Es sieht nicht so aus, als ob diese bald gefunden sein würde.

Der Umbruch von 1989/90 bereitete eine tiefgreifende Umstrukturierung der geopolitischen Landschaft vor, ein Jahr später brach die Sowjetunion zusammen. Damit verschwand die letzte Verkörperung einer Ära, die nicht vom nationalstaatlichen Prinzip, sondern von supra-nationalen Reichen geprägt gewesen war. Sie ging nun definitiv zu Ende, nachdem sie schon im Ersten Weltkrieg und erneut nach dem Zweiten entscheidend geschwächt worden war. Der Ost-West-Konflikt, der die Weltpolitik für Jahrzehnte geprägt hatte, war vorbei. Die Welt wandelte sich von einem bipolaren System der Konkurrenz und gegenseitigen Kontrolle zweier Machtblöcke zu einer neuen, offeneren und ständig wechselnden Konstellation mit einer Supermacht (USA) und neu aufstrebenden Machtzentren wie China. Die Globalisierung, verstanden als transnationaler und transkontinentaler Prozess zunehmender Interdependenz, wurde enorm beschleunigt. Die gegenwärtige Krise bremst die Globalisierung nur vorübergehend ab. Der Wandel ist dauerhaft, immer neue Konflikte entstehen, vom „Ende der Geschichte“ spricht heute niemand mehr.

1989/90 haben viele Europäer – in Polen, in Frankreich, in Großbritannien und anderswo – besorgt auf die Deutschen geschaut. Würde ein wiedervereinigtes Deutschland nicht die europäische Balance stören und zum Störenfried werden, mit neuem machtpolitischen Ehrgeiz und revanchistischen Forderungen? Andere fürchteten, dass der Prozess der europäischen Integration versanden würde, denn einer seiner Hauptantriebe, der Kalte Krieg zwischen Ost und West, gehörte nun der Vergangenheit an. Beide Besorgnisse wurden übrigens Anfang der 90er Jahre auch von vielen Deutschen geteilt.

Die vergangenen zwei Jahrzehnte haben diese Besorgnisse widerlegt. Ja, die große Wende hat auch in Mittel- und Osteuropa das Nationalstaatsprinzip neu bekräftigt. Die Völker und Staaten gewannen viel an nationaler Selbstbestimmung zurück, das gilt zweifellos für Polen und Deutschland. Doch das hat in der Regel nicht zu neuen Spannungen zwischen den Nationalstaaten geführt. Was das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen betrifft, wurde die Wiedervereinigung Deutschlands dazu genutzt, jahrzehntealte Gebietsansprüche zu begraben und die Grenzen anzuerkennen, wie sie sich bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs entwickelt hatten. Die Zustimmung Europas zu ihrer Wiedervereinigung schien den meisten Deutschen durch die definitive Akzeptanz ihrer Ostgrenze nicht zu teuer bezahlt. Auch zwischen der europäischen Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung einerseits und der deutschen Zustimmung zur weiteren Intensivierung der europäischen Integration – bis hin zum Euro – bestand ein innerer Zusammenhang. Insgesamt hat kluge Politik dazu geführt, dass die Rückkehr zum nationalstaatlichen Prinzip mit Fortschritten der europäischen Einigung Hand in Hand ging – bis hin zur Erweiterung der EU 2004 und zur Vertiefung der Union mit dem Lisbon-Vertrag, der nach langen Anstrengungen nunmehr gilt.

Es ist wahr, Europa bleibt eine Baustelle und viel bleibt zu tun, erst recht, wenn man an den Balkan und an die Konfliktzone an der westlichen Grenze Russlands denkt. Es gibt keine Garantie für eine friedliche, glückliche Zukunft. Probleme entstehen immer neu. Aber wer vor sechzig Jahren oder auch nur vor dreißig Jahren das freie, friedliche und zunehmend geeinte Europa vorausgesagt hätte, wie es heute besteht, wäre als optimistischer Fantast verlacht worden. Der Umbruch von 1989/90 hat dazu einen wichtigen Beitrag geleistet.

5.

Es ist klar: Was 1989/90 geschah, hat Europa und die Welt verändert. Aber es ist weniger klar, wie dieser tiefe Umbruch genannt werden soll. Manche sprechen vom „Ende des Kommunismus“ oder vom „Ende der alten Ordnung“ in Mittel- und Osteuropa, andere von einer „Wende“. Wer den Begriff „Revolution“ gebraucht, fügt meistens ein qualifizierendes Adjektiv hinzu und spricht von der „friedlichen“, der „gewaltlosen“ oder der „samtenen“ Revolution. Der französische Historiker François Furet wies die Bezeichnung „Revolution“ zurück. Was 1989/90 in Europa geschah, sei vielmehr eine „Restauration“ gewesen. Andere dagegen vergleichen „1989“ mit „1789“, also mit der Großen Französischen Revolution, die den Feudalismus zu Ende brachte.

Dem Umbruch von 1989 fehlte aufs Ganze die blutige Gewalttätigkeit, die zum Teil schon seit der Englischen Revolution des 17. Jahrhunderts, auf jeden Fall aber seit der nordamerikanischen und der französischen Revolution im späten 18. Jahrhundert gemeinhin als zentrales Merkmal von Revolution gilt, in der Alltagssprache wie in der wissenschaftlichen Literatur. Die Umwälzung von 1989 zielte auch nicht auf die Errichtung einer wesentlich neuen Gesellschafts- und Politikordnung ab. Weder hat sie sich an großen Utopien orientiert noch hat sie solche hervorgebracht – auch dies anders als 1789 in Frankreich, 1917 in Russland und 1949 in China. Sie wurde nicht von revolutionärer Intelligenz, gar von Berufsrevolutionären geleitet wie viele Revolutionen des 20. Jahrhunderts. Sie lässt sich auch nicht als die Überwältigung einer Klasse durch eine andere deuten, wie es in Bezug auf die großen Revolutionen der Geschichte mit einigem Recht versucht worden ist. Überall, vor allem aber in Polen und Ungarn, gingen die oppositionellen Kräfte Kompromisse mit einem Teil der alten Gewalten ein, Vereinbarungen fanden statt anstatt klarer Schnitte. Nirgendwo hat nach dem Umbruch eine veritable Gegenrevolution stattgefunden. Aus all diesen Gründen zögern viele, die Umwälzung von 1989/90 als Revolution zu bezeichnen.

Andererseits war der Wandel, der stattfand, „systemisch“, also umfassend: Er betraf die politische Verfassung, die wirtschaftliche Ordnung, die sozialen Verhältnisse und die Kultur in ihrem Zusammenhang. Es handelte sich um einen Umsturz, der zum großen Teil durch Massenbewegungen, nicht durch die Reformpolitik der Regierungen zustande gebracht wurde. Und der Umbruch fand in relativ kurzer Zeit statt, er hatte stoßartigen Charakter, jedenfalls außerhalb Polens und Un-

garns. Die Wirkungen besaßen weltgeschichtliche Bedeutung. All dies macht es möglich, von Revolution zu sprechen, wie es im Titel dieses Aufsatzes geschieht. Viele aktiv Beteiligte, jedenfalls in Deutschland, beanspruchen diesen Begriff mit Emphase – auch in Erinnerung an die Gefahren, den Mut, den Zusammenhalt der Protestierenden, das Erlebnis der Befreiung, die Begeisterung jener Monate im Herbst 1989.

Der Revolutionsbegriff hätte sich damit verändert und erweitert. Er meint nunmehr kraftvolle, umfassende, stoßartige Umwälzungen, die entscheidend von sozialen Bewegungen vorangetrieben werden und die Gesellschaft als ganze erfassen, einschließlich ihrer wichtigsten Regeln und Institutionen – voll von Gewalt wie im 18., 19. und 20. Jahrhundert, oder eben gewaltlos wie 1989/90. Timothy Garton Ash sieht in der „Samtenen Revolution“ („Velvet Revolution“ oder VR, im Anschluss an zeitgenössische Bezeichnungen des Umsturzes in Prag) von 1989/90 sogar das Modell eines neuen Typus von Revolution: gewaltlos, anti-utopisch (oder doch nicht-utopisch), von breiten Koalitionen getragen (vom „Volk“), ohne scharf definierte Führungsgruppen und ohne Märtyrer, aber mit starker Beteiligung der Medien und reich an Inszenierungen und neuen Symbolen, auf allgemeine, gleiche und freie Wahlen hin orientiert, vor allem aber voll von ausgehandelten Kompromissen mit Mitgliedern des alten Systems – Kompromissen, die in der Folgezeit umstritten sind und als Abrücken von der eigentlichen Revolution angeprangert (von anderen aber verteidigt) werden. Dieser Typus der „Samtenen Revolution“ sei im Ansatz schon 1974 in Portugal gelungen; er sei auch nach 1989/90 immer wieder versucht worden, teils mit Erfolg wie im Baltikum und in Südafrika, teils scheiternd wie in Weißrussland und Kirgisistan, teils mit halbem Erfolg wie in Georgien und der Ukraine. Dieser Typus der „Samtenen Revolution“ habe Zukunft, auch außerhalb Europas.

Wer so definiert und spricht, dehnt den Revolutionsbegriff weit und subsumiert sehr Unterschiedliches darunter. Es ist bemerkenswert, wie positiv der Revolutionsbegriff derzeit konnotiert wird; das war nicht immer so. Zweifellos befindet sich der Begriff der Revolution im sprachlichen Wandel, der die neuen Erfahrungen des späten 20. Jahrhunderts reflektiert. Wenn man „Revolution“ breit definiert, kann man die Umbrüche von 1989 durchaus als „Revolution“ bezeichnen. Dies erlaubt dann weit zurückreichende Vergleiche.

Der Vergleich von 1989 mit 1789 ist kühn, aber nicht abwegig, wenn man bedenkt, dass 1989 das große weltgeschichtliche Experiment zu Grabe getragen wurde, das mit der Russischen Revolution von 1917 begann und im 20. Jahrhundert ungeheure Hoffnungen mobilisiert, aber auch unsägliches Leiden hervorgebracht hat. Es gab unzählige Unterschiede zwischen 1789 und 1989. Ich verweise hier nur auf zwei: 1789 fand der welthistorische Fortschritt, wie so oft, unter westeuropäischer Führung statt, 1989 dagegen mit Mittel- und Osteuropa im Zentrum. Die Revolution von 1789 entstand aus den inneren Konflikten eines Landes, die von 1989 war dagegen – wie schon die Revolutionen von 1848/49 und am Ende des Ersten Weltkriegs – von Anfang an ein grenzüberschreitendes, transnationales Phänomen: ein großer Moment in der Geschichte Europas.

Erinnerung als individuelle oder kollektive Vergegenwärtigung von Vergangenem und Geschichte als wissenschaftliche Disziplin befruchten sich gegenseitig. Sie stehen aber auch in Spannung zueinander. **E i n e r s e i t s**: In Bezug auf „1989“ hat der lebhafteste Erinnerungsbetrieb des Jahres 2009 – mit medialer Dauerberieselung, unzähligen Gedenkveranstaltungen, Talk Shows, politischen Reden, Zeitzeugeninterviews, Großinszenierungen und öffentlichen Emotionen – auch zu einer Flut neuer wissenschaftlicher Untersuchungen und Darstellungen geführt. Umgekehrt konnte sich die öffentliche Beschäftigung mit „1989“, so subjektiv und unwissenschaftlich sie oft auch war, auf einen großen Bestand wissenschaftlicher Forschungsliteratur stützen, die in den vorangehenden Jahren entstanden war.

**A n d e r e r s e i t s**: Die von gegenwärtigen Verständigungsbedürfnissen, Vermarktungsinteressen und politischen Zwecken mitgesteuerte Erinnerung ist hochgradig selektiv und oftmals verkürzend, sie reißt aus dem Zusammenhang und kümmert sich nicht um Proportionen. In einer politischen Öffentlichkeit, die weiterhin nationalstaatlich verfasst ist und nationalsprachlich realisiert wird, liegt der nationalstaatliche Zuschnitt der historischen Erinnerung nahe. Überdies: Als Akt der Vergegenwärtigung, der auf Erlebnisse rekurriert, der sich auf Zeitzeugenberichte stützt und der eben dadurch wie durch emotionale Verdichtung seine „authentische“ Beglaubigung erreichen will, tendiert „Erinnerung“ meist zu kleinräumiger Rahmung: zur Vergegenwärtigung von Vergangenem im regionalen oder lokalen Rahmen, wenn nicht gar im erlebbaren Kleingruppenkontext, etwa der Familie. Damit werden aber die nicht leicht erlebbaren, von Zeitgenossen also kaum zu erzählenden, komplexen Zusammenhänge vernachlässigt, die mindestens so wichtig sind wie die erlebbaren und erzählbaren Ausschnitte der Wirk-

lichkeit, deren sich die Erinnerung annimmt, so etwa die weiträumig-transnationalen und die langfristig-historischen Bedingungen und Folgen von „1989“. Es ist die Chance und die Aufgabe von Geschichte als kritischer Wissenschaft, die meist viel punktuellere „Erinnerung“ in größere Zusammenhänge zu stellen, sie einzubetten und dadurch zu relationieren. Eben dies geschieht, wenn man „1989“ als transnationale Revolution analysiert, wie es vorstehend versucht wurde. Es besteht überdies die Hoffnung, dass dadurch zur Entstehung und Befestigung einer transnationalen Erinnerungskultur beigetragen wird, die im Zeitalter des Zusammenwachsens Europas und der fortschreitenden Globalisierung dringend als Ergänzung der national begrenzten Erinnerungskulturen benötigt wird.



## Literatur:

1. Timothy Garton Ash, *Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990*, München (Hanser) 1990
2. Steven Saxonberg, *The Fall. A Comparative Study of the End of Communism in Czechoslovakia, East Germany, Hungary and Poland*, Amsterdam (Overseas Publisher Association) 2001
3. Stephen R. Graubard (Hg.), *Exit from Communism*, New Brunswick/London (Transaction Publishers) 1993
4. Sorin Antohi u. Vladimir Tismanianu (Hg.), *Between Past and Future. The Revolutions of 1989 and their Aftermath*, Budapest (CEU Press) 2000
5. Klaus von Beyme, *Revolution of 1989-90 in Eastern Central Europe*, in: *International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences*, Bd. 20, Amsterdam (Elsevier) 2001
6. Reinhart Koselleck u.a., *Revolution*, in: ders. u.a. (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 5, Stuttgart (Klett) 1984, S. 653-788
7. Tony Judt, *Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg*, München (Hanser) 2006
8. Jürgen Kocka, *Reform and Revolution: Germany 1989-90*, in: Reinhard Rürup (Hg.), *The Problem of Revolution in Germany, 1789-1989*, Oxford/New York (Berghahn Books) 2000, S. 161-179
9. Klaus-Dietmar Henke (Hg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, Berlin (dtv) 2009
10. György Dalos, *Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Europa*, München (Beck) 2009
11. Timothy Garton Ash, *1989!* und *Velvet Revolution: The Prospects*, in: *The New York Review of Books*, 5. Nov. und 3. Dez. 2009
12. Aleida Assmann, *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München (Beck) 2006
13. Martin Sabrow (Hg.), *Der Streit um die Erinnerung*, Leipzig (Akademische Verlaganstalt) 2008

Prof. Dr. habil. Przemysław Wiszewski  
Vizedirektor des Historischen Instituts  
der Universität Breslau

## **Soziale Revolution – Revolution der Träume? Eine Glosse am Rande des Referats von Professor Jürgen Kocka**

Die von Professor Kocka in seinem Vortrag präsentierte Vision besticht aus mindestens zwei Gründen. Zum einen durch die Bestrebung, eine Synthese zu bilden, die ein möglichst weites Feld umfasst, auf dem interessante Umbrüche vor sich gegangen sind. Trotz dieser breiten Perspektive vernachlässigt Kocka aber den „analytischen Nerv“ der Ausführungen nicht. Dieser manifestiert sich im Bestreben, logische Konstrukte, die die vergangene Wirklichkeit ordnen, auf stabile Fundamente zu gründen, die ihrerseits auf den vom Urheber dieses Konstrukts unabhängigen Phänomenen basieren: auf historischen Fakten.

Zweitens berichtete Professor Kocka, nachdem er dieses breite Panorama der Phänomene geschildert hatte, nicht über den Verlauf der politischen Ereignisse, ihrer Wechselbeziehungen im lokalen und regionalen Kontext. Er ging tiefer und wies auf ökonomische und soziale Wurzeln hin, auch auf politische, allerdings in einem breiteren, systembezogenen Kontext. Die verbale Betonung der Komplexität der politischen Phänomene der modernen Welt findet oft statt. Das Bestreben nach der Verifikation der Hypothesen aufgrund der realen Kenntnisse hingegen viel seltener. Der Referent wagte jenen schwierigeren Schritt, und erzielte dabei ein hervorragendes Ergebnis, ohne dass seine Ausführungen, die nicht nur an Historiker gerichtet waren, etwas an Attraktivität einbüßten. Als Pole fühlte man sich durch die Darstellungen des Referenten geschmeichelt: Der politische Wandel in Polen, so Kocka, sei infolge der von unten ausgehenden gesellschaftlichen Einwirkung erfolgt. Das passt zum Bild der Solidarność-Bewegung als einer Kraft, die einen bedeutenden Teil der polnischen Bevölkerung umfasste und fast ein ganzes Jahrzehnt dem prosovjatischen Regime Widerstand leistete, der schließlich zum Wandel führte – einem Wandel, der ganz Mitteleuropa umfasste und die

„sozialistischen“ Regimes hinwegfegte, die seit beinahe einem halben Jahrhundert über diesen Teil des Alten Kontinents geherrscht hatten. Das erst machte die deutsche Wiedervereinigung möglich. In einem Satz – den bekannten Ausspruch paraphrasierend: „Es hätte keine Freiheit ohne die Solidarność gegeben“.

Bei aller Anerkennung der Leistung des Referenten und seiner warmherzigen Worte gegenüber Polen bleiben jedoch noch Vorbehalte bestehen, die das vorgeschlagene Modell des 1988 bis 1989 in Mitteleuropa erfolgten Wandels betreffen. Ich möchte sie formulieren, indem ich von der Basis ausgehe, dem mir aus eigenen Untersuchungen bekannten Verhalten der Menschen in ländlichen Gemeinschaften in der Umgebung von Breslau – genauer gesagt in einem Dorf in der Gemeinde Kobierzycy (Koberwitz) sowie in einer damals von Arbeitern geprägten Stadt mit einigen zehntausend Einwohnern, Oleśnica (Oels). In beiden Fällen war der gesellschaftliche Widerstand gegen das Regime zwischen 1980 und 1981 stark. Besonders in dem Arbeitermilieu von Oels, das mit dem größeren Breslauer Zentrum der Bürgerrechtsbewegung verbunden war, wird das gut sichtbar. Dieser Widerstand hielt bis 1983 an. Mit der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 wurde dieser jedoch immer schwächer. Bis 1987 ging die Zahl der Personen, die ihre Auflehnung gegen das Regime öffentlich ausdrückten, drastisch zurück. Das machte Straßendemonstrationen oder Massenauftritte in den Betrieben unmöglich. Auch in der Landgemeinde Koberwitz verstummte die sowieso nur vereinzelt und privat geäußerte Kritik an der Obrigkeit. Die offizielle Position, die 1982 bei einer Sitzung des Gemeinderats öffentlich vertreten wurde, klingt heute kurios: Erst die Verhängung des Kriegsrechts hätte der Staatsführung eine volle Umsetzung der Beschlüsse vom August 1980 ermöglicht, mit der sie eine Reform des Systems, die Erweiterung der Freiheiten und der demokratischen Grundrechte der Bürger angestrebt hätte. Niemand protestierte gegen diese Orwellsche Neusprache, diese Umdeutung der nicht weit zurückliegenden Vergangenheit.

Die Polen vergaßen den „Traum von Freiheit“ jedoch nicht, den sie während der echten friedlichen Revolution von 1980 mit Leben füllten. Sie träumten ihn allerdings vor allem privat und teilten ihn miteinander lediglich in Gesprächen ohne riskante öffentliche Auftritte. Den Machthabern gelang es also, selbst während des Höhepunkts der Unterstützung für die Solidarność innerhalb der Bevölkerung, die Bewegung aufgrund der Passivität der meisten Polen zu unterdrücken. Daraus leitet sich die entscheidende Frage ab: Wie konnten dieselben Polen dann tatsächlich mit der Kraft ihres – vor allem verbalen – Widerstands das Regime in den

Jahren 1988 und 1989 umstürzen? Das erscheint anzweifelbar. Entscheidender waren wohl Beschlüsse, die in Moskau getroffen wurden. Die Reformen von Michail Gorbatschow, der die Zentralmacht bewusst schwächte, in der Hoffnung, einen kontrollierten, für das sowjetische Regime positiven Wirtschaftswandel herbeizuführen, fanden ihren Niederschlag in den Satellitenländern. Die tragische Wirtschaftslage Polens nach dem ökonomischen Kollaps Anfang der 80er Jahre ließ die polnische Machtelite diese Hoffnungen des sowjetischen Generalsekretärs teilen. Erst das von ihnen angestoßene Bestreben nach politisch-wirtschaftlichen Reformen und der damit einhergehende Zerfall des Repressionsapparats ermöglichte die Blüte von gesellschaftlichen Aktivitäten, die den Wandel brachten.

Die Kraft der gesellschaftlichen Reaktion auf das vage, unklare und unsichere Angebot seitens der Regierung ergab sich aus der Beständigkeit des Traums, der die Bevölkerung seit August 1980 belebte. Das Regime schlug den Polen eine eigene Version dieses Traums von Freiheit vor, die mit der Erfahrung der vergangenen und gegenwärtigen Wirklichkeit unvereinbar war. Diese Lüge, konfrontiert mit der Wirklichkeit, hatte ohne die Anwendung von Gewalt keine Chance, von der Gesellschaft akzeptiert zu werden. Etwas ganz anderes waren die Träume und Wünsche, die auf die Erfahrung der seit Jahren verdeckten gesellschaftlichen Zusammenarbeit und Selbstorganisation gegründet waren und zu spektakulären Ergebnissen wie dem Abschluss der Augustabkommen führten. Dieser Traum bezog sich auf die Realität. Er war eine gemeinsame Generationserfahrung der Polen, die sie an ihre Kinder weitergaben und durch Erinnerungen im Freundes- und Familienkreis stärkten. Die Hoffnung auf Verwirklichung dieses Traums, dauerhaft das „Antlitz dieser Erde“ verändern zu können, stützte sich damit nicht nur auf Worte, sondern auf reale Erlebnisse.

Die „Revolution von 1989“ war damit in Polen eine Konfrontation von zwei Träumen der Bevölkerung – einem imaginären und einem hoffnungs- und erinnerungsvollen. Die Wirklichkeit setzte sich durch und der politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel wurde zu einer „Revolution der Träume“.

Aufgrund seines speziellen Charakters griff dieser Wandel in kürzester Zeit auch auf die Gesellschaft über. Sowohl für die Anhänger des alten Regimes als auch für ehemalige Oppositionelle gingen die Träume von Demokratisierung, Freiheit und einer Wende hin zum freien Wettbewerb in der Wirtschaft in Erfüllung. Der Nationalstolz, der in dem nationalistischen – nicht im pejorativen Sinn dieses Wortes –

polnischen Staat ununterbrochen lebendig war, ermöglichte es sowohl den alten Regimeeliten als auch den Oppositionsanhängern, ein neues Idealziel zu kreieren: die Idee von den Polen als Volk, das den Kampf der Völker um die Freiheit anführt. Es ging nicht nur um eine Anknüpfung an messianische, romantische Traditionen der nationalen Befreiungskämpfe. Vorgeschlagen wurde vielmehr eine Modernisierung dieses Mythos: Die Polen wurden als Anhänger der Moderne dargestellt, als gut wirtschaftende Reformatoren, die bereit sind, ihre Ruhe zugunsten der – diesmal nicht nur politischen, sondern auch wirtschaftlichen – Freiheit aufzugeben. Und schließlich als ein Volk, das ohne Komplexe der Zivilisations- und Kulturgemeinschaft des Westens angehört, da es eine stolze Vergangenheit hinter sich und eine große Zukunft vor sich hat. Eine Zukunft, die durch die spontane, alle Polen umfassende Bewegung des Kampfes um Demokratie in den Jahren 1979 bis 1989 erschlossen wurde.

Jürgen Kocka schlägt uns seine Interpretation des analogischen Mythos vor – betrachtet aus europäischem Blickwinkel. Betont sei noch einmal, dass Kocka eine historische Analyse vollzieht. Das Bestreben, die „Revolution von 1988 und 1989“ lediglich als Folge der politischen Bedürfnisse zu verstehen und damit einen Mythos zu schaffen, der den Westen mit Mitteleuropa verbindet, könnte langfristig schwerwiegende Folgen haben. Ein gesellschaftlicher Traum, der lediglich auf den Interessen der Eliten basiert, ist nicht dauerhaft und bleibt ohne nachhaltige gesellschaftliche Folgen. Die Wirklichkeit wird immer stärker sein. Es lohnt sich also – wie es der Referent getan hat – nach dem Verständnis zu suchen, wirklichkeitsbasierende Bilder zu schaffen, tiefer in sie einzudringen und der eigenen Geschichtsinterpretation damit Tragfähigkeit zu verleihen. Die diesbezügliche Verantwortung der Sozialwissenschaftler – ob Historiker, Soziologen oder Politikwissenschaftler – ist dabei nicht zu unterschätzen.



1. Krzysztof Ruchniewicz



2. Knut Dethlefsen und Jürgen Kocka (von links)  
Od lewej: Knut Dethlefsen i Jürgen Kocka



3. Jürgen Kocka



4. Krzysztof Ruchniewicz und Jürgen Kocka (von links)  
Od lewej: Krzysztof Ruchniewicz i Jürgen Kocka